

**19
81**

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Juni 1981

Union geschlossen hinter NATO- Doppelbeschuß

Die Abstimmungen im Bundestag in der vergangenen Woche und der Parteitag der FDP in Köln haben deutlich gemacht, daß nur noch die Union geschlossen hinter dem Doppelbeschuß der NATO steht. Dies erklärte Helmut Kohl vor dem Präsidium der CDU am Montag (1. Juni) in Bonn.

Die neutralistischen Tendenzen, die bereits wichtige Teile der SPD beherrschen, haben nun auch die Freien Demokraten erfaßt. Die FDP gerät im Sog der SPD in immer gefährlicheres Fahrwasser. Wenn es den Verantwortlichen der Bundesregierung nicht gelingt, sich aus der Abhängigkeit ihrer neutralistischen Parteiflügel zu befreien, wird die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt.

Mit Sorge weist das Präsidium der CDU darauf hin, daß die Entwicklung der Staatsfinanzen einem neuen Tiefpunkt entgegentreibt. Die von der Union seit Jahren erhobenen Warnungen wurden von der Bundesregierung in den Wind geschlagen.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, bald von der Bundesregierung zu erfahren, wie sie den Etat 1982 auszugleichen gedenkt und welche Rolle dabei Anleihen aus dem Ausland spielen sollen.

EAK

Anfragen evangelischer Christen
an Ihre Kirche Seite 4

HAUSHALT 1981

Höchste Neuverschuldung in der
Geschichte der Bundesrepublik
Seite 5

ENERGIE

Bundesregierung weicht Ent-
scheidungen weiter aus Seite 7

KOALITION

FDP-Parteitag zeigt Verfall der
Autorität Seite 9

RENTEN

Einseitige Belastung der Rentner
muß vermieden werden Seite 11

DROGEN

Union hat entscheidende Ver-
besserungen erreicht Seite 13

HOCHSCHULE

CDU-Präsidium und Rektoren-
konferenz sprachen über Zu-
kunftsauflagen Seite 15

DOKUMENTATION

Ehe- und Familienrecht: Das
„Prunkstück“ der SPD/FDP-
Reformpolitik ist reparaturbe-
dürftig grüner Teil

■ INFORMATION

DDR-Wahlen verstößen gegen die KSZE-Schlußakte

Die für den 14. Juni 1981 geplanten sogenannten Wahlen in der DDR auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des DDR-Wahlrechts würden klar gegen den internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie gegen Inhalt und Geist der KSZE-Schlußakte von Helsinki verstößen, heißt es in einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, in welchem sie diesen auffordert, erneut seiner Entschlossenheit zum Eintreten für die Menschenrechte aller Deutschen Ausdruck zu verleihen. Zu diesen Menschenrechten gehöre auch die freie Äußerung des Wählerwillens.

Die Bundesregierung solle eine Dokumentation über Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Wahlen in der DDR erstellen und die UNO in einer breiten Informationsaktion über den wahren Charakter der sogenannten Wahlen vom 14. Juni zur sogenannten Volkskammer unterrichten.

Rommel: Schluß mit Gängelei

Der Präsident des deutschen Städetages, der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), appellierte auf der 21. ordentlichen Hauptversammlung seines Verbandes an Bund und Länder, über eigenen Geldnöte nicht die bereits eingetretenen Finanzierungsschwierigkeiten der Kommunen zu übersehen. 1981 seien die Städte gezwungen, ihre nominalen Investitionsausgaben um mindestens fünf Prozent und ihre realen um einen zweistelligen Prozentsatz zu

vermindern. „Da die Kommunen nach wie vor Hauptträger der öffentlichen Investitionen sind, muß dies für Konjunktur- und Bauwirtschaft schlimme Folgen haben.“

Die Kommunen seien nicht mehr bereit, sich länger von Bund und Ländern gängeln zu lassen. Rommel versicherte danach die Bereitschaft zur Mitverantwortung. Dazu gehöre jedoch auch, daß „die Städte laut und rechtzeitig sprechen, wenn sie aus ihrer praktischen Sicht Mängel und Risiken sehen, die auf dem hohen Abstraktionsniveau des Staates nicht erkannt zu werden drohen“.

Der Städettag — der Verband vertritt über 500 Städte mit 32 Millionen Einwohnern — habe beispielsweise frühzeitig davor gewarnt, bei steigenden Ausgaben die Einnahmen zu senken und die Differenz durch immer höhere Schuldaufnahmen auszufüllen.

Lehrer erziehen zur Wehrdienstverweigerung

In Bremen, wo sich vor einem Jahr die blutigen Krawalle um ein öffentliches Gelöbnis wehrpflichtiger Bundeswehrsoldaten abgespielt haben, marschierten rund 200 Lehrer zu einer Demonstration gegen den Wehrdienst auf. Achtzig von ihnen warfen dabei ihre Wehrpässe in einen Karton. Sie sollten hinterher dem Kreiswehrersatzamt zurückgeschickt werden. Die Aktion war von einer Betriebsgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) inszeniert worden und richtete sich auch gegen die Einführung einer zwischen dem Bundesverteidigungsminister und der Konferenz der Kultusminister verabredeten „Friedenserziehung“ in den Schulen.

Dieser Bremer Vorfall verdient, wie der

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß, Willi Weiskirch, MdB, erklärt, aus zweierlei Gründen Beachtung. Er setzt — erstens — ein neues, dickes Fragezeichen hinter die Verfassung einer Organisation, die immerhin der deutschen Einheitsgewerkschaft angehört und infolgedessen verpflichtet wäre, sich gerade in dieser Frage größter Zurückhaltung zu befleißigen. Zweitens unterläuft die Bremer Lehrer-Aktion — gewollt — die von allen Parteien des Deutschen Bundestages für notwendig erachtete sachliche Unterrichtung der Schüler über Fragen der Friedenssicherung und Verteidigungsvorsorge in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Bleiben die demonstrierenden Pädagogen — womit man in Bremen ja wohl rechnen muß — ungeschoren, dann könnte sich daraus ein Signal für alle anderen Bundesländer entwickeln — ein Signal zu direkten Aktionen gegen den Wehrdienst.

Untersuchung der Ursachen für Jugendunruhen

Zu der am 25. Mai 1981 durchgeföhrten Sachverständigendiskussion in der CDU/CSU-Fraktion zum Thema „Jugendunruhen — Ursachen und Auswirkungen“ gaben die stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Helga Wex und die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen „Inneres“, „Bildung“, „Jugend, Familie und Gesundheit“, die MdB Spranger, Pfeifer und Kroll-Schlüter, folgende Erklärung ab:

Ziel der Sachverständigendiskussion zum Thema: „Jugendunruhen“ war, einen Überblick über die Vielfalt der Ursachen und Auswirkungen zu erhalten, die Jugendliche veranlassen, sich von unserer Gesellschaft abzuwenden.

Es wurden Sachverständige der verschiedensten Fachgebiete aus Wissenschaft und Praxis sowohl zu Fragen der äußeren Erscheinung von Jugendunruhen als auch zu Fragen der Wertehaltung und der allgemeinen Lebenshaltung der jungen Generation angehört.

Alle Sachverständigen waren sich darüber einig, daß bei 70 bis 80 % der Jugendlichen eine grundsätzliche Zustimmung zu unserer demokratischen Gesellschaftsordnung besteht. Nur ein geringer Teil nimmt an Demonstrationen und Wohnungsbesetzungen teil.

Aber 3 bis 5 % beteiligen sich an Gewaltaktionen; ihre Gefährlichkeit darf nicht unterschätzt werden. Auch die Jugendlichen, die nicht auffällig in Erscheinung treten, leiden zunehmend unter der Schwierigkeit, ihr eigenes Selbstverständnis, Anerkennung, persönliche und soziale Identität zu finden. Alarmierend ist die zunehmende Zahl der Selbstmordversuche und der Selbstmorde von Jugendlichen, die auf hohe Bindungsschwierigkeiten von Jugendlichen hinweist.

Sozialversicherung gefährdet

Der Bundesregierung sind vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) „willkürliche Eingriffe in geltendes Recht vorgeworfen worden. VDR-Vorstandsvorsitzender Gerd Muhr attackierte den Beschuß der Bundesregierung von Ende 1980, den Bundeszuschuß an die Rentenversicherung zu kürzen, um Mittel in Höhe von 3,5 Milliarden Mark der Bundesanstalt für Arbeit zuweisen zu können. Muhr sprach auf der VDR-Hauptversammlung in Hannover von einem weiteren Schritt „des Rückzugs des Bundes aus der Verantwortung für die Solidar-Gemeinschaft“.

EAK

Anfragen evangelischer Christen an ihre Kirche

Pastoren im Talar an der Spitze von Antiatomkraftwerkdemonstrationen oder bei „Feldgottesdiensten“ gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt, die aktive Unterstützung von Hausbesetzern in Berlin durch Pastoren oder Wahlaufrufe zugunsten der Grünen offenbaren Entwicklungen, insbesondere innerhalb der evangelischen Kirche, die uns nicht gleichgültig lassen können.

U nvergessen ist noch die „Stoppt-Strauß-Kampagne“ anlässlich des Bundestagswahlkampfes 1980, bei dem nordelbische evangelische Pastoren unter Berufung auf zentrale christliche Begriffe, Glaube, Liebe und Hoffnung, gegen die CDU Wahlkampf betrieben.

Zunehmend mehr Christen sehen diese Entwicklungen mit großer Sorge. Viele Bundeswehrsoldaten wenden sich von ihrer Kirche ab, weil ihr Dienst von evangelischen Geistlichen als „unchristlich“ diffamiert wird. Diese Entwicklungen, die besonders in der aktuellen Pazifismuskampagne deutlich werden, drohen nicht nur die Kirche selbst in eine schwere innere Zerreißprobe zu führen, sondern gefährden unmittelbar die Grundlagen unseres Staates und der Rechtsordnung. Die politische Diskussion wird durch die Verwendung theologischer Begriffe „religiös aufgeladen“; Sachüberlegungen treten gegenüber ethischen Absolut-

heitsansprüchen in den Hintergrund, und politische Entscheidungen, also die Suche nach möglichst guten Lösungen, werden zu Glaubensfragen hochstilisiert. Dadurch werden die Entscheidungsspielräume in der Politik in einem unerträglichen Maße eingeengt.

Diese verhängnisvolle Entwicklung muß gestoppt werden im Interesse unseres Staates, der Rechtsordnung, des inneren und äußeren Friedens in unserem Gemeinwesen, aber auch im Interesse der Kirche selbst!

Deshalb hat der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“ gerichtet, die endlich zwischen Kirche und CDU/CSU auf allen Ebenen diskutiert werden müssen.

Die „Anfragen“ sind als Broschüre erschienen. Sie sollen in den evangelischen Kirchengemeinden verteilt werden. Kostenlose Exemplare der Broschüre zu diesem Zweck können Sie anfordern bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73—75, 5300 Bonn 1.

„Krefelder“ Appell: OB distanziert sich

Der Krefelder Oberbürgermeister und CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-heinz Hauser „schämt“ sich, „daß der gute Namen der Stadt Krefeld mit einem kommunistisch inspirierten Machwerk in Verbindung gebracht wird“. Durch die „mißbräuchliche Inanspruchnahme“ des Stadtnamens für den „sogenannten Krefelder Appell“ der Deutschen Friedensgesellschaft sei bei vielen Menschen der Eindruck erweckt worden, es handele sich hierbei um eine Aktion Krefelder Bürger.

■ HAUSHALT 1981

Höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik

Der Bundeshaushalt 1981 schließt nach der Beschußfassung des Haushaltsausschusses mit Gesamtausgaben von 231,16 Milliarden Mark ab. Das ergibt eine Ausgabensteigerung gegenüber dem Soll 1980 einschließlich Nachtragshaushalt 1980 (214,27 Milliarden Mark) von 7,9 Prozent und gegenüber dem Ist 1980 (215,71 Milliarden Mark) von 7,2 Prozent. Der Schuldenzuwachs beträgt 33,88 Milliarden Mark.

Das ist die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes, stellte MdB Lothar Haase (Kassel), Vorsitzender des Haushaltsausschusses in Bonn fest.

Der Haushaltsausschuß hatte sich wie jedes Jahr bemüht, Ausgabewachstum und Schuldenzuwachs zu begrenzen; er wurde jedoch durch die Nachforderungen der Regierung überholt. Seit der Einbringung des Regierungsentwurfs im Januar 1981 hat der Haushalt eine so elementare Veränderung erfahren, daß man bei dem, was der Haushaltsausschuß jetzt aufgrund der Nachschiebelisten der Regierung unter hohem Zeitdruck beschließen mußte, eigentlich von einem anderen Haushalt sprechen muß. Das jetzt vorliegende Ergebnis hat nur noch wenig mit dem Etatvorschlag zu tun, den der Ausschuß von Ende Januar bis Anfang Mai beraten hat.

Der Regierungsentwurf sah für 1981 Ge-

samt ausgaben von 224,6 Milliarden Mark — Ausgabensteigerung gegenüber Soll 1980: 4,8 Prozent — bei einer Neuverschuldung von 27,44 Milliarden Mark vor.

Dieser Entwurf war so bemessen, daß die Ansätze, um es zurückhaltend auszudrücken, allenfalls an der unteren Grenze der Realität lagen — oft aber auch darunter. Ein Beispiel dafür ist etwa der Ansatz „Betriebsstoff für die Bundeswehr“, der im Regierungsentwurf trotz gleichzeitig geplanter drastischer Erhöhung der Mineralölsteuer um 10 Prozent niedriger veranschlagt worden war als 1980.

In anderen Punkten von erheblichem finanziellem Gewicht war der Haushaltsentwurf schon bei der Einbringung im Parlament überholt. Zum gleichen Zeitpunkt, als der Bundestag die Regierungsvorlage in erster Lesung diskutierte, verabschiedete die Regierung den seit langer Zeit vorbereiteten Jahreswirtschaftsbericht, in dem sie von wesentlich pessimistischeren Annahmen für Wachstum und Arbeitslosigkeit ausging, als sie ihren Etatansätzen zugrunde gelegt hatte. Damit war dem Entwurf bereits bei der Einbringung in zwei wichtigen Positionen — den Steuereinnahmen und dem Zuschuß für die Arbeitslosenversicherung — die Basis in Milliardenhöhe entzogen.

In mühsamen Einzelberatungen hat der Haushaltsausschuß diesen Torsoansatz

beraten, bis die Regierung vor zwei Wochen mit neuen Ausgabewünschen vor den Ausschuß trat, die den gesamten Etatentwurf — jedenfalls in wichtigsten Ausgabepositionen wie dem Verteidigungshaushalt, dem Sozialhaushalt, den Zins- und Steueransätzen — praktisch auf den Kopf stellten. Die Ausgaben mußten um 6,6 Milliarden Mark, die Neuverschuldung um gut 6,4 Milliarden Mark heraufgesetzt werden, und obendrein wurden 317 neue Personalstellen gefordert. Insgesamt betrafen die Wünsche der Regierung in verschiedenen, in kurzem zeitlichem Abstand aufeinanderfolgenden sogenannten Be-reinigungsvorlagen etwa 250 einzelne Einnahme- und Ausgabepositionen.

Die wichtigsten Veränderungen betreffen:

— auf der Ausgabeseite den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit (+4,2 Milliarden Mark), die Arbeitslosenhilfe (+0,24 Milliarden Mark), die Kriegsopferleistungen (+0,26 Milliarden Mark), Mutterschutz und Mutterschaftsgeld (+0,24 Milliarden Mark), den Verteidigungshaushalt (+0,8 Milliarden Mark), den Wohnungsbau (+0,24 Milliarden Mark), die Zinsausgaben (+0,76 Milliarden Mark) und die Bürgschaftsleistungen (+0,35 Milliarden Mark)

— und auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen (−0,8 Milliarden Mark), die Bundesbankablieferung (+0,57 Milliarden Mark) und verschiedene Verwaltungseinnahmen (insgesamt +0,36 Milliarden Mark)

Dieser Ablauf der diesjährigen Haushaltsberatungen im Parlament bedarf einer ganz entschieden kritischen Würdigung.

1. Das Grundgesetz gibt das Recht zur Haushaltsinitiative allein der Bundesre-

gierung. Das Parlament muß sich deshalb mit dem befassen, was die Regierung ihm vorlegt. Dieses alleinige Initiativrecht der Regierung beinhaltet aber doch wohl auch die an sich selbstverständliche Verpflichtung, dem Parlament von Anfang an einen realistischen Entwurf vorzulegen — und nicht nur etwas Spielmaterial, das in die Form eines Haushalts gekleidet ist. Das Selbstverständliche scheint aber heute nicht mehr selbstverständlich zu sein.

2. Für grundlegende Veränderungen des Haushaltsentwurfs, die über bloße Korrekturen hinausgehen, sieht das Haushaltsrecht die Vorlage eines Er-gänzungshaushalts vor, für den das Initiativrecht ebenfalls allein bei der Re-gierung liegt. Nur so ist wegen der einzu haltenden Fristen eine eingehende und ordnungsgemäße Prüfung gewähr-leistet. Nur so wird dem Bundesrat Gelegenheit gegeben, aus der Sicht der Bundesländer zu den vorgeschlagenen Änderungen, die vielfach auch Länder-interessen berühren, Stellung zu nehmen.

Dieses im Haushaltsrecht vorgesehene ordentliche Verfahren wird umgangen, wenn in einer die Verantwortlichkeiten verschiebenden Art und Weise dem Haushaltausschuß die Aufgabe aufge-bürdet wird, einen unrealistischen Ent-wurf völlig umzugestalten. Mehr oder weniger formlose, aber umfangreiche Nachschiebelisten, die man gerade noch bereit ist, mündlich zu begründen (wobei es dann aber auch noch „Nach-schiebelisten zu den Nachschiebelis-ten“ gibt), werden dem im Gesetz vor-gesehenen Verfahren nicht gerecht. Sie entsprechen nicht den Erfordernissen einer ordnungsgemäßen Beratung ohne Zeitdruck.

■ ENERGIE

Bundesregierung weicht klaren Entscheidungen weiter aus

Mit der Einsetzung der neuen Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ haben die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien sich erneut die Möglichkeit geschaffen, den notwendigen Entscheidungen in der Energiepolitik, speziell der Kernenergie, auszuweichen und sie vor sich herzuschieben.

Die CDU/CSU hält die erneute Einsetzung einer Enquete-Kommission nicht für erforderlich. Sie ist der Auffassung, daß die notwendigen Entscheidungen in der Energiepolitik nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen. Die kritische energiepolitische Situation erfordert jetzt klare Entscheidungen, stellt MdB Christian Lenzer, Obmann im Ausschuß für Forschung und Technologie, fest.

Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion drei Entschließungsanträge zum Ausbau der Kernenergie, der Entsorgung und der fortgeschrittenen Reaktorlinien vorgelegt. Die Energiedebatte im Deutschen Bundestag war gekennzeichnet durch ein bedrückendes Aneinandervorbeireden und das geheuchelte Unverständnis der Koalition, auf die konkreten Sachpunkte unserer Anträge einzugehen.

Anstatt in Polemik zu flüchten, hätte die Bundesregierung die Chance ergreifen können, gemeinsam mit der Opposition sich eine breite energiepolitische Platt-

form zu verschaffen, die sie in den eigenen Parteien nicht finden kann.

In der Energiepolitik vermeidet die Bundesregierung mittlerweile alle Entscheidungen und Festlegungen, weil sie die Angriffe der Kernenergiegegner in den eigenen Reihen fürchtet. Sie mauert auch bei der parlamentarischen Beratung des Zwischenberichts der Enquete-Kommission des 8. Deutschen Bundestages: Zum wiederholten Male hat sie sich geweigert, auf parlamentarische Anfragen der CDU/CSU zu den Empfehlungen der Kommission Stellung zu nehmen.

Im ersten Antrag fordert die CDU/CSU die Bundesregierung auf, in der dritten Fortschreibung des Energieprogramms klare Aussagen und Entscheidungen zugunsten des weiteren Ausbaus der Kernenergie unter voller Berücksichtigung von Sicherheit, Umweltschutz und Entsorgung zu treffen.

Der zweite Antrag befaßt sich mit der Entsorgung. Die in bezug auf die Entsorgung gefaßten Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 1979 und 29. Februar 1980 müssen zügig verwirklicht werden. Sie erledigen die Unsicherheiten im Mehrheitsvotum der Enquete-Kommission. Dort scheiterte ein einstimmiges Votum seinerzeit an der Weigerung der Mehrheit, das Entsorgungskonzept der Bundesregierung zu stützen. Der CDU/CSU-Antrag entspricht auch den Parteitagsbeschlüssen von

SPD und FDP. Diese haben die Entsorgung als Voraussetzung für den Ausbau von Kernenergie gefordert. Die Regierung in Hessen versucht diesen Auftrag zu erfüllen und hat darin die Unterstützung der Opposition.

Der dritte Antrag enthält die Aufforderung an die Genehmigungsbehörden, die Genehmigungsverfahren für die fortgeschrittenen Reaktorlinien unter Beachtung aller erforderlichen Sorgfalt zügig fortzusetzen. Die Bundesregierung soll im Rahmen ihrer Kompetenzen die erforderlichen Entscheidungen im Genehmigungsverfahren für den schnellen Brutreaktor einschließlich der Betriebsgenehmigungen in eigener Zuständigkeit treffen, wie dies der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entspricht.

Es besteht Übereinstimmung zwischen den drei Bundestagsfraktionen über die grundsätzlichen Kriterien für den Einsatz von Kernenergie:

— Kernkraftwerke müssen sicher sein: Sicherheit hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Deutsche Kernkraft-

werke sind teurer als Kernkraftwerke anderer Industrieländer; ihre Sicherheit aber liegt international an der Spitze.

— Die Umweltbelastung bei Normalbetrieb muß gering sein: Die Strahlenschutzberichte des Innenministers liegen regelmäßig vor. Die Auflagen sind voll erfüllt.

— Kernkraftwerke müssen entsorgt werden: Das Entsorgungskonzept von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten ist beschlossen. Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung, Rückführung von wiedergewonnenem Uran und von Plutonium in den Reaktor,endlagerung der Endabfälle im Salz — dies ist ebenfalls ein höchst aufwendiges Konzept; es ist gerechtfertigt durch unsere Pflicht, künftige Generationen vor möglichen Risiken zu schützen.

Dazu stellte MdB Heinz Riesenhuber fest: Wir brauchen entscheidend mehr Kernkraft, als derzeit im Bau ist. Es fehlen Grundlastkapazitäten. Das sind nicht abstrakte Megawatts, das sind Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft, das sind langfristig Arbeitsplätze in allen Industrien, die von bezahlbarer und sicherer Energie abhängen. Wichtiger als jedes technokratische Detail ist der klare politische Wille. Unsere Anträge sollen die politischen Ziele des Bundestages klarstellen.

Die CDU/CSU fordert deshalb den Bundeskanzler auf, eine Energiepolitik zu betreiben, die von der Mehrheit des Deutschen Bundestages getragen wird. Wir brauchen klare Entscheidungen, und wir brauchen sie jetzt. Mit Schmidt und Eppler „für“ und „gegen“ Kernenergie — das geht nicht mehr. Unsere Chance in der Energiepolitik besteht darin, alle Energiequellen und Energietechniken verantwortlich auszuschöpfen. Dazu gehört auch die Kernenergie.

Lokaljournalistenpreis

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat für 1981 wiederum ihren Preis für Lokaljournalisten ausgeschrieben. Der mit nahezu 20 000,— DM dotierte Preis wurde erstmals im Jahre 1980 geschaffen. Es ist dies der erste Journalistenpreis, der sich ganz speziell an Lokaljournalisten richtet und ihre besondere Leistung in der lokalen Berichterstattung würdigen will. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wendet sich dabei nicht nur an gut ausgerüstete Großstadtreditionen; sie will insbesondere die vielen Lokalredaktionen mit knapper Besetzung und auch den „Einzelkämpfer“ ansprechen.

KOALITION

FDP-Parteitag zeigt Verfall der Autorität

Der FDP-Parteitag hat gezeigt, daß — ebenso wie in der SPD — auch in der FDP der Verfall der Autorität und der Überzeugungskraft der Parteführung weiter fortschreitet, stellte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn fest.

Daß auf einem Parteitag in bestimmten Sachfragen abweichende Meinungen vorgetragen und Mehrheitsentscheidungen notwendig werden, ist für sich genommen legitim. Daß aber der Parteivorsitzende seine Politik nicht mehr im Vertrauen auf die Qualität seiner Argumente durchsetzen kann, sondern nur noch durch die Drohung mit dem Rücktritt, bedeutet, daß politische Pression an die Stelle von Argumenten tritt.

Das Regieren und das verantwortliche Entscheiden wird für die Koalitionspartner SPD und FDP immer schwieriger. Deshalb wird es Genscher bei der Sanierung der Staatsfinanzen auch schwerfallen, seine Leitlinien zu verwirklichen. Hier steht er nicht nur gegen weite Teile seiner eigenen Partei, sondern in einer Koalition mit der SPD, die schon vor dem eigentlichen Beginn der Beratungen über den nächsten Bundeshaushalt ganz andere Vorstellungen deutlich macht als die FDP.

Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die FDP tragen zunehmend Unsicherheit und Unberechenbarkeit in die deutsche und internationale Politik hinein. Auch der Verlauf des FDP-Parteitages hat gezeigt, daß die innere

Schwäche der beiden Koalitionsparteien — nur sieben Monate nach der Bundestagswahl — unser Land in immer größere Risiken bringt:

- die Arbeitslosigkeit nimmt zu,
- die Inflation steigt,
- die Wohnungsnot wird größer,
- die Staatsverschuldung nimmt irreparable Ausmaße an.

Auch in Köln hat die FDP als Regierungspartei den Bürgern die Antwort verweigert, wie sie diese von ihr mitverursachten Probleme lösen will. Wie das Umweltprogramm der FDP angesichts der Finanzkrise des Staates finanziert werden soll, weiß die Partei selbst nicht.

Der FDP-Parteitag hat deutlich gemacht, wohin eine liberale Partei im Blockbündnis mit den Sozialdemokraten kommen kann.

Moskau setzt wieder auf Brandt und Bahr

Zur Einladung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt nach Moskau und zur gleichzeitigen PRAWDA-Attacke auf Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Alois Mertes (Gerolstein):

Die demonstrative Einladung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und seines Vordenkers Egon Bahr nach Moskau und der gleichzeitige massive PRAWDA-Angriff auf Bundeskanzler Helmut Schmidt eröffnen eine neue Phase der sowjetischen Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschuß vom Dezember 1979.

Daß die PRAWDA sich dabei nicht scheut, Schmidts Einvernehmen mit Präsident Reagan in die Nähe der Aggression Hitlers gegen die Sowjetunion

zu stellen, ist ein Akt psychologischer Kriegsführung.

Der Sowjetführung ist nicht entgangen, daß Willy Brandt, der Friedenspreisträger und Entspannungsheld, zur Kristallisierungsfigur des SPD-Widerstandes gegen Helmut Schmidt heranwächst. Seine letzte Bundestagsrede war so doppelbödig, daß sie dem Kreml die Auslegung und Hoffnung gestattet, mit Brandts Hilfe den Bonner Bündniskurs zu guter Letzt doch noch aufzuweichen.

Wir stehen wieder am Vorabend einer neuen „Politik der kleinen Schritte“ der SPD in Richtung auf Moskaus Interessen an Europa. Noch wird diese Strategie verschleiert durch Willy Brandts Fähigkeit zu doppeldeutiger Nebelsprache.

Die CDU/CSU wird mit äußerster Wachsamkeit verfolgen, ob der Kanzler seiner Überzeugung treu bleibt, oder ob sein Machterhaltungstrieb ihn in kleinen Schritten vor denjenigen Sozialdemokraten in die Knie gehen läßt, die ihn zu größerer „Friedensfähigkeit“ drängen.

SPD unfähig zur Marktwirtschaft

Zu den Beschlüssen der Bundesregierung zur Wohnungsbaupolitik meinte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Friedrich-Adolf Jahn, die Beschlüsse würden nicht einmal den eigenen wohnungsbaupolitischen Ankündigungen in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 gerecht. Das dort genannte Ziel, mehr marktwirtschaftliche Elemente in den Wohnungsbau zu dessen Belebung einzuführen, werde verfehlt.

Jahn weiter: „Die Kompromißentscheidungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich marktwirtschaftliche und antimarktwirtschaftliche Vorstellungen in der Regierungskoalition auch weiterhin gegenseitig blockieren. Die Regierung hat ein Gesetzespaket beschlossen, das bis zu den Beratungen im Vermittlungsausschuß offensichtlich nicht aufgeschnürt werden darf, um den Meinungsstreit zwischen SPD und FDP nicht erneut aufbrechen zu lassen.“

Apel soll Nachfolger von Klose „finden“

Bundesverteidigungsminister Hans Apel ist vom Landesvorstand der Hamburger Sozialdemokraten als „Finder“ für einen neuen Hamburger Bürgermeister eingesetzt worden. Als mögliche Kandidaten für die Klose-Nachfolge waren bislang neben Apel selbst auch die Bonner Staatssekretärin Anke Fuchs und der Hamburger Innensenator Alfon Pawelczyk im Gespräch. Nach dem vom SPD-Landesvorstand einstimmig gefaßten Besluß soll der Kandidat einem für den 20. Juni einberufenen Sonderparteitag der Hamburger SPD zur Nominierung vorgeschlagen werden. Akzeptiert werden müßte der Vorschlag außer vom Landesparteitag anschließend auch noch von der SPD-Bürgerschaftsfraktion und dem Senat.

Keine Beschlüsse faßte der Landesvorstand zu den Forderungen von vier der insgesamt sieben Hamburger SPD-Kreise, die auf einen Rücktritt von Staak und teilweise auch auf einen Rücktritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft, Ulrich Hartmann, zielten.

■ RENTEN

Einseitige Belastung der Rentner muß vermieden werden

Erstes Gebot und Folgerung, die man aus den Zahlenreihen des Rentenanpassungsberichtes 1981 ziehen muß, ist, daß die Konjunktur wieder angekurbelt werden muß und die Arbeitslosigkeit nicht nur aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus dringend verringert werden muß, erklärte MdB Heinz Franke.

Ein Mehr an Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit wird dazu führen, daß auch über den Zeitpunkt 1985 hinaus keine gravierenden Opfer den Rentnern und Versicherten abverlangt werden müssen. In langfristiger Betrachtung über 1990 hinaus ist nicht auszuschließen, daß die Verschlechterung des Verhältnisses von Versicherten zu Rentnern, kumuliert mit einer schlechten Konjunkturlage, dazu führt, daß auch Rentnern und Versicherten zur Erhaltung unseres bewährten Rentensystems Opfer abverlangt werden müssen. Auch wenn z. Z. das vom Sozialbeirat initiierte Wissenschaftlergutachten, ein Sondergutachten des Sozialbeirats, die Ergebnisse der Transfer-Enquête-Kommission und die Ergebnisse der Rentenbestands- und Rentenstrukturerhebung der Rentenversicherungsträger noch nicht vorliegen, ist der Gesetzgeber gehalten, schon jetzt darüber nachzudenken, wie in den nächsten Jahren die Weichen in der Rentenversicherung zur Erhaltung des

bewährten Systems der bruttolohnbezogenen dynamischen Renten zu stellen sind.

Der CDU/CSU erscheint eine saubere Trennung der Risiken in konjunkturelle und demographische sinnvoll zu sein. So könnten beispielsweise die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Situation der Rentenfinanzen durch gezielte Maßnahmen, wie z. B. den Einbau einer bevölkerungspolitischen Komponente in die Rentenformel, neutralisiert werden.

Wichtig ist, daß das demographische Risiko in gerechter Weise sowohl auf Rentner wie Versicherte verteilt wird. Die demographische Entwicklung wird früher oder später zu gewissen Opfern der Versicherten und Rentner in Form einer verringerten Rentenerwartung bzw. einer höheren Beitragsbelastung führen. Eine einseitige Belastung der Rentner, wie sie letztlich durch das 20. und 21. RAG den Rentnern durch eine Verringerung der Renten um insgesamt 15 % zugemutet wurde, darf jedenfalls aus der Sicht der CDU/CSU nicht Schule machen.

Die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung ist uns vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 auferlegt worden. Dank der Vorarbeiten der Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen, der sogenannten „84er-Kommission“, zeichnen sich Lösungsvorschläge ab,

die in Form der Teilhaberente von allen Parteien im Bundestag als mögliche realisierbare Lösung ins Auge gefaßt wurden. Die Verschlechterung der Finanzlage — auf Grund der konjunkturellen Entwicklung — der Rentenversicherungsträger, noch verstärkt durch die von der Bundesregierung vorgenommene Kürzung der Bundeszuschüsse um 3,5 Mrd. DM und vielleicht weiteren notwendigen Kürzungen, führt dazu, daß heute alle Rentenversicherungsträger dieses Modell der Teilhaberente mit 70 % der gemeinsamen in und außerhalb der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften, mindestens jedoch 100 % der eigenerworbenen Rentenanwartschaften, als nicht mehr finanziertbar bezeichnen.

In der Kommission, aber auch in anderen Fachkreisen, besteht die einhellige Meinung, daß eine Teilhaberente in Höhe von nur 65 %, die eventuell noch finanziell darstellbar wäre, mehr negativ Betroffene als positiv Betroffene mit sich bringen würde.

Eine Teilhaberente mit 65 % erscheint aus heutiger Sicht keine Rentenreform mehr, sondern eher eine Rentendemonstration gerade für den Personenkreis, nämlich Witwen, deren Rentenhöhe ohnehin als zu niedrig angesehen wird.

Die SPD macht es sich zu leicht, angesichts dieser selbstverschuldeten Lage, einfach die Besitzstandsklausel, die Besitzstandsgarantie aufzugeben. Die 100-Prozent-Garantie der eigenerworbenen Ansprüche ist essentieller Bestandteil der Teilhaberente in der Variante 3, sie ist verfassungsrechtlich geboten und kostet im übrigen nicht soviel wie man bisher angenommen hat. Ein Verzicht würde also nicht einmal die Finanzmasse ergeben, die für Finanzierung der 70-Prozent-Teilhaberente erforderlich ist.

Heinrich-Köppler-Jugendpreis

Erstmals in diesem Jahr vergibt die Junge Union Deutschlands den Heinrich-Köppler-Jugendpreis im Andenken an Heinrich Köppler, der längere Zeit Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und des Deutschen Bundesjugendringes war. Unter dem Thema „Junges Engagement für Behinderte“ sollen 1981 Jugendgruppen ausgezeichnet werden, die sich unter eigenen Opfern für behinderte Menschen zur Verfügung stellen und mit dafür sorgen, daß Schwächere in unserer Gesellschaft nicht nur durch anonyme Großapparate und Behörden Hilfe erlangen.

Der Heinrich-Köppler-Jugendpreis wird nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben. Für eine unabhängige Jury haben sich unter dem Vorsitz von Frau Erika Köppler zur Verfügung gestellt:

Dr. Franz Alt (Fernsehjournalist), Friedhelm Geraedts (Journalist, Nachlaßverwalter von Heinrich Köppler), Josef Homberg (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes), Prof. Dr. Erwin Scheuch (Soziologe) und Matthias Wissmann.

Es werden ein erster, zweiter und dritter Preis vergeben, die mit 3 000 Mark, 2 000 Mark und 1 000 Mark dotiert sind. Der Wettbewerb läuft bis zum 31. Oktober 1981. Bis dahin kann jede Organisation und Einzelperson Vorschläge unterbreiten. Vorgeschlagen werden können Jugendgruppen, Jugendorganisationen, Freundeskreise, Initiativen, Schulklassen usw.

Die genauen Teilnahmebedingungen sind erhältlich bei der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.

■ DROGENMISSBRAUCH

Union hat entscheidende Gesetzes-Verbesserungen erreicht

Drogenmißbrauch und Drogensucht sind eine Geißel, deren Folgen erschreckend sind: Sozialer Abstieg, unermeßliches persönliches Leid bis hin zum Tod, mitleidende Angehörige und Nahestehende, ganz zu schweigen von den erheblichen wirtschaftlichen Schäden für die Allgemeinheit, die in die Milliarden gehen.

Die erste parlamentarische Konsequenz aus dieser Situation wurde von der CDU/CSU gezogen durch Einführung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vom 23. Oktober 1979. Dann folgte der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 9. Januar 1980, der in der Ausschußfassung vom 19. Juni 1980 vom Deutschen Bundestag am 26. Juni 1980 einstimmig verabschiedet worden ist. Dagegen hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen. Infolge des Ablaufs der 8. Wahlperiode konnte das Vermittlungsverfahren nicht mehr durchgeführt werden. Der Gesetzentwurf wurde von den Koalitionsfraktionen nach Beginn der 9. Wahlperiode im November 1980 neu eingebracht.

Weil es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, rief die Sache nach einem Kompromiß unter den Fraktionen. Da die kontroversen Punkte hauptsächlich im Bereich des strafrechtlichen Teils des Gesetzentwurfs angesiedelt sind, wurde ein Kompromiß

im mitberatenden Rechtausschuß gesucht und auch gefunden. Der federführende Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat sich dieser Kompromißlösung angeschlossen.

Der Vorgang läßt folgende Feststellung zu:

1. Wieder einmal hat sich erwiesen, daß die Mehrheit des Bundesrates und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht gleichgeschaltet sind.
2. Wenn die Koalition einmal bereit ist, von ihrem Unfehlbarkeitsanspruch zugunsten konstruktiver Vorschläge der Opposition abzugehen, ist auch in schwierigen Sachfragen ein Kompromiß möglich.

Die Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, daß die im Parlament vertretenen Parteien trotz gegensätzlicher Standpunkte alle Kompromißmöglichkeiten ausschöpfen, wenn es darum geht, schwierige Probleme gesetzgeberisch anzugehen. Bei einem parlamentarischen Kompromiß gilt das gleiche wie bei einem Vergleich in einem Prozeß: Eine Einigung ist nur im Wege gegenseitigen Nachgebens möglich.

So will es uns z. B. gar nicht schmekken, daß entgegen dem Petitum des Bundesrates die öffentliche Verherrlichung des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln nicht unter Strafe gestellt werden soll. Im Interesse einer akzeptab-

blen und schnellen Gesamtregelung haben wir diese Forderung fallengelassen. Dies ändert aber nichts daran, daß wir es nach wie vor für falsch halten, daß die öffentliche Verherrlichung des Betäubungsmittelmißbrauchs aus falschverstandener Liberalität, unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit, weiterhin betrieben werden darf und so Neugier geweckt, geistige Verführung getrieben, das Problembeußtsein eingeschläfert und so allen Anstrengungen, der Drogensucht Herr zu werden, Hohn gesprochen und entgegengewirkt werden kann. Andererseits hat die CDU/CSU aber wesentliche Verbesserungen gegenüber der gegenwärtigen Rechtslage und auch gegenüber dem im Vorjahr im Bundesrat hängengebliebenen Gesetz durchsetzen können:

1. Die Strafdrohung für die Grundtatbestände betäubungsmittelrechtlicher Straftaten wurde auf vier Jahre erhöht. Dies zielt in erster Linie auf diejenigen Täter, die ohne selbst drogenabhängig zu sein, die Abhängigkeit anderer ausnützen.

2. Bei betäubungsmittelabhängigen Straftätern, die zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren verurteilt worden sind, kann die Strafvollstreckung längstens zwei Jahre zurückgestellt werden, wenn der Verurteilte sich wegen seiner Abhängigkeit in einer Rehabilitation dienenden Behandlung befindet oder zusagt, sich einer solchen zu unterziehen und deren Beginn gewährleistet ist. Eine Therapiezeit kann auf die Strafe angerechnet werden.

3. Bei betäubungsmittelabhängigen Beschuldigten ist zwar der Tatbestand bis zur Anklagereife auszuermitteln, von

der Erhebung der öffentlichen Klage kann jedoch abgesehen werden, um eine Therapie zu ermöglichen. In den Sonderregelungen der §§ 33 und 35 kommt der Grundsatz zum Ausdruck, daß Strafvollstreckung und die Strafverfolgungsmaßnahme die Anklageerhebung unter bestimmten Voraussetzungen der Therapie nicht im Wege stehen dürfen. Es geht für die Betroffenen doch darum, den Teufelskreis von Sucht und Kriminalität über Strafverfolgung und Strafvollstreckung zurück in die Szene zu durchbrechen und therapiefähigen und therapiewilligen Drogenabhängigen eine Chance zur Resozialisierung zu geben.

Die gefundene Kompromißregelung bedeutet eine Abkehr von dem irreführenden Slogan „Therapie statt Strafe“. Die Hamburger Professoren Renn und Feiser haben in ihrer Kritik des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs 1980 die plakative Gegenüberstellung „Therapie statt Strafe“ als eine unangebrachte Einengung des Problems bezeichnet. Auch der Gießener Kriminologe Professor Kreuzer hat erst jüngst wieder eine Auffassung vertreten, daß man der Komplexität des Problems nicht gerecht werde, wenn der Abhängige entweder krank oder kriminell eingestuft werde. Es gibt drogenabhängige Straftäter, die auf Grund ihrer Abhängigkeit „krank“ im herkömmlichen Sinne sind, von denen aber eine so intensive kriminelle Energie ausgeht, daß im Interesse der Allgemeinheit die Anwendung des Strafrechts unverzichtbar erscheint. Andererseits gibt es Straftäter, deren kriminelle Energie sich ausschließlich aus ihrer Sucht ableitet und die deshalb behandelt statt bestraft werden müssen.

■ HOCHSCHULPOLITIK

Präsidium und Rektorenkonferenz sprachen über Zukunftsaufgaben

Die Hochschulpolitik darf nicht ins Abseits geraten. Auch unter einer angespannten Haushaltslage dürfen Mittelkürzungen im Hochschulbereich nicht dazu führen, daß die Hochschulen die durch die steigenden Studentenzahlen in den nächsten Jahren auf sie zukommenden zusätzlichen Aufgaben nicht erfüllen können.

Den geburtenstarken Studentenjahrgängen darf durch eine kurzsichtige Politik die Chance auf eine möglichst gute Ausbildung nicht genommen werden. Eine Politik der politischen Glaubwürdigkeit muß dafür sorgen, daß das Vertrauen vieler junger Menschen in den Staat nicht noch weiter abnimmt. Jeder einzelne Student muß auch in Zukunft eine qualitativ gute Ausbildung erhalten. Staat und Hochschulen stehen vor der Aufgabe, die Probleme miteinander zu lösen. Die Politik in Bund und Ländern darf sich der Verantwortung nicht entziehen.

Diese Auffassung äußerten die Präsidien der CDU und der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die unter Leitung von Helmut Kohl und Professor George Turner zu einem intensiven Meinungsaustausch über hochschulpolitische Fragen auf Einladung der CDU am 1. Juni 1981 im Konrad-Adenauer-Haus zusammenkamen. Themen des Gesprächs waren unter anderem die Zukunft des Hochschulbaus als Gemeinschaftsauf-

gabe, die Situation der Hochschulen angesichts wachsender Studentenzahlen und Finanzierungsbeschränkungen, Probleme der Forschungsförderung, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die soziale Situation der Studenten.

Nach Ansicht beider Gesprächspartner seien im Rahmen allgemeiner Sparmaßnahmen auch Mittelkürzungen im Hochschulbereich unvermeidlich. Allerdings müsse den Hochschulen die Möglichkeit gesichert werden, die in die Hochschulen hineindringenden geburtenstarken Jahrgänge in Lehre und Forschung auf einem international guten Standard auszubilden.

CDU und WRK waren sich einig darin, daß die „Überlast“ der Hochschulen nicht zu einer „Dauerlast“ werden dürfe. Das trete aber ein, wenn die begonnenen Ausbauvorhaben an den Hochschulen nicht zu Ende geführt würden. Beide Gesprächspartner forderten ein hochschulpolitisches Konzept, das zwar den finanziellen Rahmenbedingungen angepaßt sei, jedoch gleichzeitig

- die Funktionsfähigkeit der Hochschulen sichere;
- die Forschung nicht aus den Hochschulen verdränge;
- eine ausreichende Versorgung der Studenten im sozialen Bereich gewährleiste sowie eine angemessene Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sichere.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 2449
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Geschwächte Führung

Die Parallelen drängen sich auf. Da diskutierte die FDP bei ihrem Parteitag in Köln, wenn auch nicht mit der gleichen Lust an der Selbstzerfleischung, so doch mit ähnlicher Intensität wie die SPD, über den Doppelbeschluß der NATO. Da blieb am Ende, ebenfalls wie bei den Sozialdemokraten, eine beachtliche Minderheit übrig, die von Doppelbeschluß und Nachrüstung nichts wissen will. Und da kam es schließlich, einer politischen Mode entsprechend, die sich auszubreiten scheint, zu einer Rücktrittsdrohung Genschers, ganz nach dem Vorbild von Helmut Schmidt.

Kölner Stadt-Anzeiger, 1. 6. 1981

Für den Augenblick mag Genscher zwar den Rücken frei haben, als strahlender Sieger steht er dennoch nicht da. Man muß jedoch die Frage stellen, wie lange das stumme Stillhalten von Köln halten wird. Die SPD und der Kanzler haben da schon bittere Erfah-

rungen machen müssen. Dort bestimmte über Jahre Helmut Schmidt die Linien, oftmals durch Drohungen erzwungen. Die Quittung dafür bekam er nach dem Wahlsieg vom Oktober zu spüren: die Partei muckt heftig auf, versagt ihm zu Teilen die Gefolgschaft. Ungefährlich ist somit auch Genschers Kurs nicht. Und oft wird er seine Knüppelmethode nicht anwenden können. Zu fragen ist zudem, was ein Regierungsbündnis langfristig wert ist, das von einer Krise in die andere taumelt.

Stuttgarter Nachrichten, 1. 6. 1981

Die innerparteiliche Diskussion über Richtung und Ziel künftiger Politik, die nach der SPD jetzt auch die FDP ergriffen hat, droht mehr und mehr an ihren führenden Regierungsrepräsentanten vorbeizugehen. In Köln gelang es Genscher zwar, in der Nachrüstungsdiskussion noch einmal zwei Drittel der Partei hinter sich zu bringen (bei einem Teilantrag sah es viel ungünstiger aus), aber seine massiven Bemühungen, die Berliner Parteifreunde auf einen anderen Weg zu bringen, sind bisher gescheitert.

Handelsblatt, 1. 6. 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD